

# Bericht

## an den 18. Bundeskongress des ÖGB

ÖGB-BUNDESKONGRESS 2013



SOZIALE SICHERHEIT MITBESTIMMUNG CHANCENGLEICHHEIT VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT

*„Die soziale Sicherheit ist die verlässlichste Grundlage der Demokratie.“ (Johann Böhm)*

Einleitung	5
Zeitraffer: ÖGB 2009 bis 2013 in Zahlen	6
Verteilung	10
Sozialstaat fairbessern	12
Armutsbekämpfung	14
Besser durch die Krise	16
Bildung	18
Gleichstellung	20
Lohn- und Sozialdumping	22
Betriebe, Arbeitsrecht, Mitbestimmung	24
Pensionen	26
Gesundheit, Pflege	28
Europa und Internationales	30
Betriebsarbeit	32
Mitgliederservice	34
ÖGB-Reform	36
Finanzbericht	38
Bericht der Zentralen Kontrollkommission	46

*„Die soziale Sicherheit ist die verlässlichste Grundlage der Demokratie“ (Johann Böhm)*

4 |

## Die Arbeit vieler engagierter Menschen

Die Arbeit und die Erfolge des ÖGB sind das Werk vieler engagierter Menschen: im ÖGB, in den Landesorganisationen, in den Gewerkschaften, Betrieben und Dienststellen. Erfolge gibt es im Kleinen wie im Großen.

Der vorliegende Bericht beschreibt entlang der großen Schwerpunkte des ÖGB die Arbeit der abgelaufenen Periode und wie jedes einzelne Referat und jede Abteilung des ÖGB zu unseren gemeinsamen Erfolgen beigetragen hat – von „FAIR TEILEN“ über „Bildung geht weiter“, „Marie Los“ bis zu „Sozialstaat fairbessern“. Ob es die inhaltliche Erarbeitung der Kampagnen und Schwerpunkte war, ihre Integration in gewerkschaftliche Bildungsmaßnahmen, die kommunikative Umsetzung, die Information und Beratung der Mitglieder, BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen, die Organisation von Aktionen und nicht zuletzt die Finanzierung all dessen – jeder einzelne Beitrag ist wichtig.

Zusätzlich gibt der Bericht einen Überblick über weitere Arbeitsschwerpunkte des ÖGB seit dem 17. ÖGB-Bundeskongress im Jahr 2009. Das beinhaltet unter anderem Gesetze, die auf Initiative des ÖGB beschlossen wurden – zum Beispiel das Lohn- und Sozialdumpinggesetz; Regelungen, die mehr Gerechtigkeit in der Arbeitswelt bringen, wie die sozialrechtliche Gleichstellung freier DienstnehmerInnen mit regulär Beschäftigten; Bestimmungen, die die Gleichstellung von Frauen und Männern befördern, allen voran die Einkommensberichte; neue Informations- und Serviceangebote für BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen, unter anderem ein monatlicher Artikelservice für Betriebszeitungen.

Auch die abgelaufene Periode stand im Zeichen der Wirtschafts-, Finanz und Schuldenkrise und ihrer Bewältigung. Vom 17. Bundeskongress im Jahr 2009, der unter dem Motto „stark. sozial. gerecht. Dein Partner in der Arbeitswelt.“ stand, spannt sich daher der Bogen unserer Arbeit bis zum aktuellen, 18. Bundeskongress und darüber hinaus. „Unsere Mission: Gerechtigkeit.“

# Zeitraffer

ÖGB 2009 BIS 2013 IN ZAHLEN

61



# Politische Arbeit

## KOLLEKTIVVERTRÄGE

125.000.000.000 Euro bewegten die Gewerkschaften des ÖGB im Rahmen der jährlichen Kollektivvertragsverhandlungen, das sind knapp 50 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung (BIP). Quelle: WIFO

## GRUNDSATZ

Pro Jahr haben die Grundsatzreferate des ÖGB mehr als 750 Gesetzesbegutachtungen bearbeitet und so die Standpunkte und Interessen der ArbeitnehmerInnen eingebracht.

## EUROPA

Das ÖGB-Europabüro in Brüssel hat an die 60 Veranstaltungen und Diskussionen organisiert, stets mit hochkarätigen Gästen.

## ARBEITSKÄMPFE UND STREIKS

Die Gewerkschaften haben zur Durchsetzung von Lohn- und Gehaltserhöhungen drei Streiks, über 160 Warnstreiks und mehr als 3.000 sonstige Protestaktionen (BR-Konferenzen, BR-Versammlungen, öffentliche BR-Versammlungen, Demos, Kundgebungen, Mahnwachen etc.) organisiert. Seit Juli 2009 waren rund 40 KV-Verhandlungen von verschiedensten Formen des Protestes begleitet.

## 65 JAHRE ÖGB UND NEUES HAUS IN WIEN

Ende April 2010 beging der ÖGB sein 65-jähriges Jubiläum. Im Rahmen einer großen Veranstaltung würdigten die Spitzen von ÖGB und Republik die Verdienste des ÖGB; es kamen neue und langjährige Mitglieder zu Wort und in einem historischen Streifzug ließ man Erfolge der vergangenen Jahrzehnte Revue passieren.

Im 65. Jahr seines Bestehens bezog der ÖGB ein neues Quartier im 2. Bezirk in Wien, benannt nach einem der Gründer und dem ersten Präsidenten des ÖGB, Johann Böhm. Gemeinsam mit dem ÖGB zogen auch die Gewerkschaften vda, Bau-Holz, GPF und PRO-GE in den „Catamaran“, außerdem der ÖGB-Verlag und die 3-S-IT.

## ANTIFASCHISMUS

Die ÖGJ veranstaltete jedes Jahr Antifaschismus-Seminare, insgesamt nahmen über 100 Jugendliche daran teil. Abschluss der Seminare war immer die Befreiungsfeier im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen – die ÖGJ konnte mehr als 1.000 Jugendliche zur Teilnahme motivieren.

# Beratung, Schulung, Kultur

## **VÖGB**

Der VÖGB erreichte jährlich mit seinen ca. 250 Bildungsangeboten an die 3.000 BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und Mitglieder. Aus dem umfangreichen Skriptenangebot, das über 100 Skripten zu gewerkschaftlichen Themen enthält, wurden jährlich knapp 36.000 Skripten verschickt.

## **MOBBINGBERATUNGEN**

Fast 4.000 Mitglieder nahmen das ÖGB-Angebot der Mobbingberatung in Anspruch. 2.340 BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen, Behindertenvertrauenspersonen und ArbeitnehmerInnen wurden zum Thema Mobbing informiert und dafür sensibilisiert.

## **MUTTERSPRACHLICHE BERATUNGEN**

Bereits seit Mitte der 1970er-Jahre berät der ÖGB Mitglieder in ihren Muttersprachen. Seit 2009 gab es über 2.300 persönliche Beratungen auf Türkisch/Kurdisch und fast 2.000 persönliche Beratungen auf Serbisch/Bosnisch/Kroatisch. An die 120 Betriebsversammlungen wurden simultan vom Deutschen ins Serbische/Bosnische/Kroatische übersetzt.

## **FLEXPOWER**

Mehr als 1.000 Personen wurden zum Thema atypische Beschäftigung beraten.

## **INFOABENDE IM SERVICECENTER WIEN**

Im Catamaran in Wien fanden 29 Veranstaltungen mit insgesamt fast 2.000 BesucherInnen statt.

## **GRENZÜBERSCHREITENDE BERATUNGEN**

Im Rahmen der Projekte ZUWINS, ZUWINS+, ZUWINBAT und Arbeitsmarkt+ gab es 6.185 Beratungen für tschechische und slowakische ArbeitnehmerInnen.

## **CHANCEN NUTZEN**

Das Projekt „Chancen Nutzen“ (eine Sozialpartnerinitiative) hat knapp 850 Beratungen und Coachings, ca. 360 Seminare, Vorträge und Podiumsdiskussionen durchgeführt.

## **VERANSTALTUNGEN UND AUSSTELLUNGEN**

Rund 3.000 TeilnehmerInnen waren bei Veranstaltungen und Vernissagen im ÖGB-Haus in Wien, die Wanderausstellungen zählten rund 5.800 BesucherInnen.

## **KULTURLOTSINNEN WIEN**

Seit 2009 schnürten die KulturlotsInnen Angebote, die von rund 18.000 Mitgliedern, BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen in Anspruch genommen wurden.



# Information und Kommunikation

# Mitglieder

---

## INFORMATION

Die KollegInnen im ÖGB-Servicecenter haben über 600.000 Folder, Broschüren etc. verschickt.

---

## ONLINE-NUTZUNG

Die Websites des ÖGB (ÖGB, ÖGJ, VÖGB, Betriebsräte) verzeichneten mehr als 15 Millionen Pageviews.

---

## FACEBOOK

Mit dem Schwerpunkt FAIR TEILEN startete der ÖGB seinen Facebook-Auftritt, binnen weniger Wochen hatte die Seite über 3.600 Fans.

---

## ARTIKELSERVICE

Knapp unter 40 Artikelservices für BetriebsrätInnen mit insgesamt an die 200 Artikeln, Inseraten und Grafiken wurden versandt.

---

## SOLIDARITÄT UND ÖGB AKTUELL

31-mal erschien die Solidarität mit jeweils zwölf Seiten und durchschnittlich rund 15 Artikeln sowie einer Vielzahl von Meldungen in einer Auflage von jeweils knapp einer Million, adressiert an alle Mitglieder an ihre Heimadressen.

ÖGB aktuell (ehemals ÖGB Nachrichtendienst) erschien 41-mal mit jeweils 16 Seiten, wobei vier Seiten immer einem Spezialthema gewidmet waren. Sie wurde verschickt an die Firmenadressen der Betriebsratsvorsitzenden und einer wachsenden Zahl von Personalvertreterinnen und Personalvertretern.

---

## MITGLIEDERENTWICKLUNG SEIT 2009

Nach den für ÖGB und Gewerkschaften krisenhaften Jahren ist die Zahl der Mitglieder weiterhin im Wesentlichen stabil. Auch die durch die Wirtschaftskrise bedingten Rückgänge sind weitgehend gestoppt.

2009: 1.222.190

2010: 1.211.111

2011: 1.205.878

2012: 1.203.441

# Verteilung

10 |



© ÖGB

---

## FAIR TEILEN

In Österreich und in Europa wurde in den vergangenen Jahren darüber entschieden, wie die Schulden abgebaut werden sollen, die im Zuge der Krise und ihrer Bekämpfung entstanden sind. Das ÖGB-Rezept für sozial gerechte Krisenbewältigung war und ist klar: faire Verteilung des Wohlstandes, der in Österreich vorhanden ist. Daraus wurde der Schwerpunkt 2010 und 2011: FAIR TEILEN.

Als Dachmarke mit fünf Unterthemen – arm/reich, beschäftigt/arbeitslos, weiblich/männlich, alt/jung und krank/gesund – hat FAIR TEILEN die Organisation sehr gut mobilisiert, es gab im Kampagnenzeitraum an die 500 Aktionen in ganz Österreich. ÖGB und Gewerkschaften haben damit die Diskussion über gerechte Verteilung maßgeblich geprägt – mit Erfolg: Mit dem Budget 2011 sind auch neue Einnahmequellen erschlossen worden.

---

## POSITIONEN ZUM SPARPAKET

ÖGB und Arbeiterkammer erarbeiteten Ende Jänner 2012 mit über 400 FunktionärInnen gemeinsame Positionen zum Thema Defizitabbau. Das Defizit muss reduziert werden, falsches Sparen vernichtet aber Arbeitsplätze, so die einhellige Meinung. Die Budgetsanierung kann daher nur mit zusätzlichen neuen Einnahmen gelingen. ÖGB und AK haben ein Paket vorgelegt. Es enthält unter anderem die Forderung nach Durchforstung des Förderdschungels, Reduktion der Wirtschaftsförderung, Investitionen, um die Menschen länger und gesund im Erwerbsleben zu halten, Anhebung der Beitragssätze in der Pensionsversicherung der Bauern und Selbstständigen um 0,5 Prozentpunkte auf 22,8 Prozent, Grundsteuer neu, Bekämpfung der Steuerhinterziehung, Körperschaftsteuerlückenschluss und Vermögenssteuer neu.

Die klare Linie von FAIRTEILEN und die deutliche Positionierung der zwei Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen haben konkrete Erfolge gezeigt: Unter anderem gibt es nun eine Bankenabgabe, die AktienKESt, Änderungen bei der Stiftungsbesteuerung und eine Vermögenszuwachssteuer. Auch die geforderte Anhebung der Beitragssätze in der Pensionsversicherung ist Realität, und es wurden keine Massensteuern (Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer) erhöht.

---

## VERTEILUNGSFRAGE IN EUROPA

Der ÖGB war unter den Ersten, die die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der EU gefordert haben. Gemeinsam mit der AK und anderen europäischen Gewerkschaften, NGOs und Organisationen startete der ÖGB eine Kampagne für Finanzmarktformen in der EU. Eine wichtige Forderung war die Finanztransaktionssteuer. Das, wofür der ÖGB damals verlacht wurde, wird nun Wirklichkeit. 2014 soll es die Steuer in elf EU-Staaten geben, sie soll Einnahmen von jenen bringen, die die Krise mitverursacht haben, und Spekulationen eindämmen.

---

## SOLIDARITÄT IN EUROPA

Der ÖGB hat in der Verteilungsdebatte in Österreich, in Europa und international stets an die Solidarität der ArbeitnehmerInnen untereinander appelliert. Gerade in der Krise und angesichts der harten Sparcourse müsse man zusammenhalten. Um konkret spürbar zu machen, wohin der Sparwahn in der EU führt, hat das entwicklungspolitische Projekt im ÖGB „weltumspannend arbeiten“ VertreterInnen der „Klinik der Solidarität“ in Griechenland eingeladen. Das griechische Gesundheitssystem wird buchstäblich zu Tode gespart, engagierte Ärzte, Ärztinnen, PflegerInnen, Krankenschwestern etc. arbeiten ehrenamtlich und unentgeltlich in der „Klinik der Solidarität“.

| 11



# Sozialstaat fairbessern

12 |



---

## SCHWERPUNKT 2012

Im Zuge der Krisenbewältigung gerieten Europas Sozialstaaten von vielen Seiten unter Druck: Unter Spazwang wurde und wird in vielen Staaten massiv in Sozialsysteme eingegriffen. Auch in Österreich wird der Sozialstaat immer wieder schlechtgeredet: Er sei unfinanzierbar, überbordend, ein Kostentreiber oder ein Paradies für SozialschmarotzerInnen.

Dem setzten ÖGB und Gewerkschaften 2012 den Schwerpunkt „Sozialstaat fairbessern“ entgegen. Dabei wurden die konkreten Leistungen des Sozialstaats für jede/n Einzelne/n in Erinnerung gerufen, ebenso die Vorteile des Sozialstaates für Unternehmen und Wirtschaft und seine positive Rolle als Instrument gegen die Krise. Es ging dem ÖGB und den Gewerkschaften aber auch darum, den Sozialstaat weiterzuentwickeln, zu verbessern, an neue Gegebenheiten anzupassen, beispielsweise an den steigenden Pflegebedarf, und ihn durch faire Finanzierung – d. h. Vermögenssteuern – langfristig abzusichern.

---

## ÖGB, GEWERKSCHAFTEN, REGIONEN

Anfang 2012 startete eine Arbeitsgruppe mit VertreterInnen von ÖGB, Gewerkschaften und Landesorganisationen mit der Planung der Kampagne: Organisatorische und inhaltliche Ziele wurden festgelegt, nötige Weiterbildungsangebote, wie die Schulung von MultiplikatorInnen, geschnürt, Kommunikationspläne erstellt und mehr. Für die Regional- und Landeskonzferenzen wurde ein Kurzfilm erstellt, die Themen dafür hat die Arbeitsgruppe gemeinsam erarbeitet. So war gewährleistet, dass auch die für die Gewerkschaften relevanten Aspekte des Sozialstaats abgedeckt werden und der Film breiter eingesetzt werden konnte.

---

## AKTIONSTAGE APRIL UND SEPTEMBER 2012

Im Rahmen von zwei Aktionstagen platzierten ÖGB und Gewerkschaften in ganz Österreich das Thema in der breiten Öffentlichkeit. Am 12. April ging es vor allem darum, zu zeigen, was der Sozialstaat alles leistet – neben den Klassikern wie Pensionen, Gesundheitsversorgung oder Arbeitslosengeld. Am 19. September hat der ÖGB die Botschaft in Richtung fairer Finanzierung präzisiert. Was müssten wir alles selbst bezahlen, gäbe es den Sozialstaat nicht, war das Hauptthema, verbunden mit der Forderung, den Sozialstaat durch die Einführung von Vermögenssteuern langfristig finanziell abzusichern.

Die Landesorganisationen bewiesen mit ihren Aktionen wieder große Kreativität, von Eintrittskarten für sozialstaatliche Einrichtungen über Spitalsbetten im öffentlichen Raum bis hin zu einer Bootsfahrt auf der Salzach reichte die Palette. Rund um den zweiten Aktionstag gab es auch einen Kinospot zum Sozialstaat, der die Botschaft „Der Sozialstaat nutzt allen, auch den Reichen“ noch einmal verstärkte.

---

## MULTIPLIKATORINNEN-SCHULUNGEN

Um MitarbeiterInnen, BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen im Thema Sozialstaat sattelfest zu machen, organisierte der VÖGB eine Reihe von MultiplikatorInnen-Seminaren mit den jeweils zuständigen ExpertInnen. In mehreren dezentralen Seminaren gab es in halbtägigen Einheiten Informationen für interessierte MitarbeiterInnen von ÖGB und Gewerkschaften, für BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen. Die vom VÖGB modulweise angebotenen Seminare ermöglichten den TeilnehmerInnen die gezielte Auswahl jener Themen, über die sie sich speziell informieren wollten.

# Armutsbekämpfung

14 |





## **KOLLEKTIVVERTRÄGE SCHÜTZEN VOR ARMUT**

Die Gewerkschaften konnten auch in den vergangenen Jahren deutliche Lohn- und Gehaltserhöhungen für die ArbeitnehmerInnen durchsetzen. Oft waren dazu Betriebsversammlungen, Demonstrationen oder Streiks nötig. Da in Österreich alle ArbeitnehmerInnen von erfolgreichen Lohn- und Gehaltsabschlüssen profitieren, sind diese der beste Weg, Armut gar nicht erst entstehen zu lassen. Die hohe Anzahl der „working poor“ – jener Menschen, die trotz Arbeit arm oder armutsgefährdet sind – erfordert Maßnahmen in vielen Bereichen, auch über die Lohn- und Gehaltsverhandlungen hinaus.

## **1.300 EURO MINDESTLOHN/-GEHALT**

Auf Druck von ÖGB und Gewerkschaften konnte in zwei Drittel der Kollektivverträge ein Mindesteinkommen von 1.300 Euro erreicht werden. Mit der Kampagne „Ich will's FAIR“ haben die ÖGB-Frauen gezeigt, dass davon vor allem Frauen profitieren würden, die in Niedriglohnbranchen arbeiten. Trotz Arbeit sind sie häufig von Armut betroffen. Mit der Comic-Figur „Marie Los“ und vielen Verteilaktionen in ganz Österreich haben sie auf dieses Problem aufmerksam gemacht.

## **BEDARFSORIENTIERTE MINDESTSICHERUNG**

Die Mindestsicherung brachte im Jahr 2010 die vom ÖGB geforderte Vereinheitlichung der Sozialhilfen in allen Bundesländern. Das trägt zum einen zur Armutsbekämpfung bei und zum anderen dazu, arbeitslose MindestsicherungsbezieherInnen rasch wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, denn die Abwicklung der Mindestsicherung erfolgt über das Arbeitmarktservice.

## **ERHÖHUNG DER „LEHRLINGSENTSCHÄDIGUNG“ (DLU)**

Die ÖGJ hat sich für die Erhöhung der sogenannten „Deckung des Lebensunterhaltes“ für Lehrlinge in überbetrieblichen Ausbildungsstätten starkgemacht – und das mit Erfolg: Mit 1. Jänner 2013 liegt die DLU im 1. und 2. Lehrjahr bei 270 Euro (statt 240 Euro), im 3. Lehrjahr bei 600 Euro (statt 550 Euro).

## **NOTSTANDSHILFE**

Der ÖGB hat sich bei der Notstandshilfe für den Wegfall der Anrechnung des PartnerInnen-Einkommens eingesetzt, denn vor allem für Frauen bräuchte das Verbesserungen. Ein kleiner Schritt in diese Richtung ist gelungen, wenn auch noch nicht die völlige Umsetzung dieser Forderung: Mit Juli 2013 wird der Freibetrag bei der Anrechnung des PartnerInnen-Einkommens um 80 Euro erhöht und jährlich valorisiert.

# Besser durch die Krise

16 |



© ÖGB, Martina Konrad



---

Österreich ist dank Sozialstaat und Sozialpartnerschaft besser durch die Krise gekommen: Die Absicherung bei Arbeitslosigkeit hat dafür gesorgt, dass Kaufkraft und damit Wachstum und Beschäftigung nicht so stark zurückgegangen sind wie in anderen europäischen Staaten. Viele einzelne Maßnahmen haben dazu beigetragen, dass Österreich besser da steht als andere Länder, unter anderem:

---

### **KURZARBEIT**

Das österreichische Modell der Kurzarbeit, das die Sozialpartner ausgearbeitet haben, kann als Erfolgsmodell zur Überwindung der schlimmsten Auswirkungen der Wirtschaftskrise bezeichnet werden. Kündigungen konnten vermieden werden. Die betroffenen ArbeitnehmerInnen sind finanziell wesentlich besser ausgestiegen als zum Beispiel bei der deutschen Kurzarbeitsregelung. Kaufkraft wurde erhalten, und die Unternehmen konnten bei Auftragssteigerungen schnell auf die vorhandenen qualifizierten Fachkräfte zurückgreifen, ohne Zeitverlust durch Personalsuche.

Insbesondere die neue Qualifizierungskurzarbeit, die immerhin von einem Viertel der Betriebe genutzt wurde, war ein wichtiger Beitrag für eine sinnvolle Krisenbewältigung durch Weiterbildung und Höherqualifizierung.

Der ÖGB hat das Modell der Kurzarbeit mitentwickelt, die Gewerkschaften waren in sämtliche Einzelvereinbarungen auf Betriebsebene eingebunden. Hunderte BetriebsrätInnen in ganz Österreich wurden bei Info-Veranstaltungen über die Kurzarbeit aufgeklärt.

Neben der Kurzarbeitsregelung haben sich ÖGB und Gewerkschaften zur besseren Überbrückung der Krise in vielen Bereichen für Regelungen starkgemacht, die die Krisenfolgen für die Beschäftigten abmildern und ihnen Zukunftsperspektiven geben, darunter:

---

### **ÜBERGANGSGELD**

Als Teil des zweiten Konjunkturpakets im Jahr 2009 wurde das Übergangsgeld verlängert. Das Übergangsgeld ist eine Überbrückungshilfe des AMS für Arbeitslose, die das Mindestalter für eine vorzeitige Alterspension erreicht haben, sie bekommen es bis zur Erfüllung der Voraussetzungen für eine Alterspension.

---

### **JUGEND-ZEITARBEITSTIFTUNG**

Um vor allem jungen Menschen in krisengeprägten Zeiten Perspektiven zu bieten, wurde im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets 2009 diese Stiftung ins Leben gerufen. Damit soll der hohen Jugendarbeitslosigkeit vor allem aus dem Bereich der Arbeitskräfteüberlasser und KMU entgegengewirkt werden. Mit der Durchführung wurde die sozialpartnerschaftlich organisierte „AUFLEB GmbH“ betraut.

---

### **FACHKRÄFTEPAKET**

Mit Bildungsteilzeit oder Fachkräftestipendium soll die Qualifizierung gefördert werden, und es soll, entsprechend der Forderung des ÖGB, auch für ArbeitnehmerInnen mit niedrigeren Einkommen möglich und vor allem leistbar sein, Bildungsteilzeit in Anspruch zu nehmen.

# Bildung

18 |



© ÖGB

---

## **SCHWERPUNKT „BILDUNG GEHT WEITER“**

Das Recht auf Bildung muss Grundbildung, berufliche Erstausbildung, weiterführende Bildung und lebensbegleitende Weiterbildung gleichermaßen umfassen – ohne soziale Schranken wie Herkunft, Geschlecht, Einkommen, Art der Berufstätigkeit oder Betreuungspflichten. Das haben sich ÖGB und Gewerkschaften mit dem Jahresschwerpunkt 2011 zum Ziel gesetzt. Ein umfangreiches Forderungsprogramm wurde mit breiter Beteiligung der Gewerkschaften entwickelt und – unter anderem – auf der Website [www.bildunggehtweiter.at](http://www.bildunggehtweiter.at) präsentiert.

---

## **BILDUNGSDIALOGE**

Bereits im Jahr 2007 hatten die Sozialpartner das gemeinsame Positionspapier „Chance Bildung“ präsentiert, das die Basis für den Austausch mit der Bundesregierung über Reformschritte für den Bildungsstandort Österreich bildete. 2011 wurde weitergearbeitet, die Ergebnisse wurden schließlich von den Sozialpartner-Präsidenten in drei „Bildungsdialogen“ den jeweils für Schulen und Universitäten bzw. für Lehrlingsausbildung zuständigen MinisterInnen präsentiert.

---

## **ÖGJ-KAMPAGNE „PLAN B – WIR BESEITIGEN DIE SCHIEFLAGE“**

Die Bildung ist ungerecht verteilt. Nur ein Drittel der Kinder schafft einen höheren Abschluss als ihre Eltern – der Grad der Bildung wird also vererbt. Deshalb machte die Gewerkschaftsjugend auf die ungerechten Zugangschancen zu unterschiedlichen Bildungswegen aufmerksam. Es ging vor allem um berufliche Aus- und Weiterbildung, aber auch um Schul- und Universitätspolitik.

[www.oegj.at/planbildung](http://www.oegj.at/planbildung)

---

## **FACHKRÄFTEMILLIARDE**

Trotz hoher Fördergelder, die die Unternehmen für die Lehrlingsausbildung bekommen, werden immer weniger Lehrlinge ausgebildet. Nur noch jeder fünfte Betrieb kümmert sich um seine künftig benötigten Fachkräfte, indem er sie schon als Lehrlinge aufnimmt. Damit wieder mehr Firmen Lehrlinge ausbilden, hat die Gewerkschaftsjugend ein detailliertes Konzept für eine Fachkräftemilliarde ausgearbeitet, das zu mehr Lehrstellen führen soll – und zu

einer gerechten Finanzierung durch jene Betriebe, die die Fachkräfte schließlich brauchen. Ein weiterer Schwerpunkt: Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in der Lehrausbildung.

---

## **BILDUNGSFUNDAMENTE**

Damit die Bildung der Kinder nicht mehr so stark von Einkommen und Bildung der Eltern abhängt, fordern die Sozialpartner zwei Jahre verpflichtende vorschulische Bildung, dann neun Jahre Schulpflicht (mit Berufsorientierung) – und erst mit 15 Jahren eine Entscheidung zwischen Lehre, allgemeinbildender und berufsbildender Schule. Diese Eckpunkte haben die Sozialpartner der Regierung im Februar 2013 vorgelegt.

---

## **BERUFSAUSBILDUNG**

Bessere Anrechenbarkeit bereits erworbener Ausbildungsschritte – das ist für den ÖGB unabdingbar. Mit einer Verordnung zum Berufsausbildungsgesetz (§ 34 BAG) konnte klargestellt werden, dass Jugendliche, die eine berufsbildende mittlere/höhere Schule besucht haben, nicht wieder als Lehrlinge anfangen müssen.

---

## **BILDUNGSKARENZ**

Durch die Möglichkeit der Bildungskarenz konnten Beschäftigte, die sonst in den krisenhaften Jahren wegen Auftragsrückgängen gekündigt worden wären, ihre Arbeitsplätze langfristig behalten.

# Gleichstellung

20 |



© ÖGB



---

## **NATIONALER AKTIONSPLAN**

Die Sozialpartner haben gemeinsam mit der Industriellenvereinigung den Weg für den Nationalen Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen geebnet. Dieser führte 2011 zu gesetzlichen Neuerungen wie den Einkommensberichten und der verpflichtenden Einkommensangabe in Stelleninseraten.

---

## **EINKOMMENSBERICHT**

Wie vom ÖGB gefordert, müssen Unternehmen ab einer bestimmten Größe interne Einkommensberichte erstellen. So können ungerechtfertigte Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern besser aufgezeigt werden. Um die BetriebsrätInnen über die Berichte zu informieren, haben die ÖGB-Frauen gemeinsam mit dem VÖGB viele Veranstaltungen durchgeführt.

---

## **EINKOMMENSANGABE IN STELLENINSERATEN**

In Stellenanzeigen muss das Mindesteinkommen verpflichtend angegeben werden – selbst dann, wenn nur nach einer geringfügig beschäftigten Aushilfe gesucht wird. Auch muss auf die Bereitschaft zur Überzahlung hingewiesen werden. All das wurde vom ÖGB lange gefordert.

bv Mit der Einführung des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldes im Jahr 2010 wurde eine langjährige Forderung des ÖGB umgesetzt. Diese Bezugsvariante ermöglicht es auch mehr Männern, Kinderbetreuungsaufgaben zu übernehmen.

---

## **VERBESSERUNGEN BEI KARENZREGELUNGEN**

In vielen Kollektivverträgen konnte die Anrechnung der Karenzzeiten maßgeblich ausgeweitet werden. Je nach Kollektivvertrag werden Karenzzeiten nun als Beschäftigungsjahre angerechnet – ein Verhandlungserfolg der Gewerkschaften, der zur Schließung der Einkommensschere beiträgt.

---

## **DEMONSTRATION FÜR FRAUENRECHTE**

Mit zahlreichen Aktionen in ganz Österreich haben die ÖGB-Frauen in den vergangenen Jahren auf die hohen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern aufmerksam gemacht. So zeigt der Equal Pay Day, dass Frauen nach wie vor im Schnitt um 23,7 Prozent weniger verdienen als Männer. Die ÖGB-Frauen haben sich unter anderem auch an der Demonstration für Frauenrechte im März 2011 beteiligt, an der Tausende Frauen in Wien teilgenommen haben.

# Lohn- und Sozialdumping

22 |



---

## **GESETZ GEGEN LOHN- UND SOZIALDUMPING**

Seit Mai 2011 dürfen ArbeitnehmerInnen aus Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Slowenien, Polen sowie aus den baltischen Staaten in Österreich arbeiten – und zwar nach dem hier geltenden Arbeitsrecht und den österreichischen Kollektivverträgen. Damit diese auch kontrolliert und eingehalten werden, hat der ÖGB Druck gemacht und so erreicht, dass rechtzeitig ein Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping beschlossen wurde. Dieses trat dann auch pünktlich am 1. Mai in Kraft. Firmen müssen den kontrollierenden Behörden (Krankenkasse, Finanzpolizei) schwarz auf weiß nachweisen, dass sie nicht unterhalb des gültigen Kollektivvertrags bezahlen. Unterentlohnung ist seitdem erstmals ein Straftatbestand.

---

## **KONFERENZEN ZUR ARBEITSMARKTÖFFNUNG**

Gemeinsam mit dem Sozialministerium hat der ÖGB bei Konferenzen in Wien, Linz, Graz und Salzburg 900 BetriebsrätInnen und andere Interessierte über die Neuerungen informiert. Damit ist es gelungen, die ExpertInnen von Arbeitsmarktservice, Sozialministerium, BUAK, Finanzpolizei, Krankenkassen und natürlich von Arbeiterkammern und Gewerkschaften zu vernetzen. Im Zentrum des Interesses stand die Einhaltung des Gesetzes gegen Lohn- und Sozialdumping und die Tätigkeit der kontrollierenden Organe.

---

## **GRENZÜBERSCHREITENDE BERATUNG**

Wer besser über seine Rechte informiert ist, kann weniger leicht zum Opfer von Lohndumping und Ausbeutung werden. Der ÖGB informiert in einigen Grenzregionen mehrsprachig, in Kooperation mit Gewerkschaften der jeweiligen Nachbarländer. Entsprechende Projekte (Internationale Gewerkschaftsräte, IGR) gibt es zum Beispiel mit der Tschechischen Republik, mit Ungarn, der Slowakei sowie mit Deutschland und der Schweiz.

---

## **GENERALUNTERNEHMERHAFTUNG**

Bereits 2008 war ein Gesetz erlassen worden, das Generalunternehmer am Bau dazu verpflichtet, für die Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung von Subunternehmen zu haften – eine Maßnahme gegen Sozialbetrügereien. Mit der Forderung nach der Erweiterung einer solchen Haftung auf die Lohnhöhe ist der ÖGB in den Verhandlungen zum Anti-Sozialdumpinggesetz nicht durchgedrungen.

---

## **HOHE KOLLEKTIVVERTRAGSABDECKUNG BEGÜNSTIGT KONTROLLMÖGLICHKEITEN**

Für 98 Prozent aller ArbeitnehmerInnen in Österreich gilt ein Kollektivvertrag. Somit gibt es für so gut wie alle Branchen Mindestlöhne/-gehälter, entsprechend gut kann man gegen Unterentlohnung vorgehen.

# Betriebe, Arbeitsrecht, Mitbestimmung

24 |



## STARTSEITE

Kiralik işçiler için bilgi platformu  
Portal Informacyjny dla Pracowników Tymczasowych  
Informační portál pro agenturní zaměstnance  
Kölcsönzött munkavállalók információs portálja

## ANTWORTEN FÜR KÜNFTIGE LEIHARBEITER/INNEN

## ANTWORTEN FÜR LEIHARBEITER/INNEN

## ANTWORTEN FÜR BESCHÄFTIGTERBETRIEBSRÄTE

## LOHNINFO

## DEIN RECHT: DER KV

## STARTSEITE / MELDUNGEN



## MEHR ZUM THEMA

[Arbeitskräfteüberlassung: Neues Gesetz in Kraft](#)  
[BetriebsrätInnen bestätigen die Marschrichtung](#)

## Arbeitskräfteüberlassung: Neue Regelungen seit 1. Jänner 2013

**Mehr Information, mehr Gleichstellung und mehr Sicherheit für LeiharbeiterInnen**

Aufgrund einer EU-Richtlinie musste das österreichische Arbeitskräfteüberlassungsgesetz (AÜG) überarbeitet werden. Ein von der Produktionsgewerkschaft und der Wirtschaftskammer gemeinsam erarbeiteter Vorschlag scheiterte allerdings am Widerstand einzelner Arbeitgeber. Am 4. September 2012 hat die Regierung die Novelle zum AÜG beschlossen und dabei viele von der PRO-GE angeregte Verbesserungen übernommen. Mit 1. Jänner 2013 traten die Änderungen in Kraft. Nachfolgend eine Übersicht über alle wesentlichen Neuerungen.

### Schluss mit der Tagelöhnerlei

Das Gesetz verpflichtet Überlasser, ihre ArbeitnehmerInnen spätestens 14 Tage im Vorhinein über das Ende eines Einsatzes zu informieren, wenn sie länger als drei Monate überlassen



---

## MITBESTIMMUNG

Eine Novelle des Arbeitsverfassungsgesetzes brachte 2010 die Verlängerung der Frist für die Anfechtung von Kündigungen vor Gericht durch ArbeitnehmerInnen von einer Woche auf zwei.

Die Erhöhung des Wahlalters zum Jugendvertrauensrat war eine wichtige Forderung von ÖGB und ÖGJ. Das aktive Wahlrecht wurde von 18 auf 21, das passive Wahlrecht von 21 auf 23 Jahre erhöht. ÖGB und ÖGJ haben außerdem erreicht, dass auch in überbetrieblichen Ausbildungsstätten JVR-Wahlen möglich sind.

---

## ARBEITSRECHT

Moderne Lebensformen brauchen ein modernes Arbeitsrecht, fordert der ÖGB: 2010 wurde dem mit der Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren bei Pflegefreistellung und bei Dienstverhinderungen Rechnung getragen.

---

## PFLEGEFREISTELLUNG

Die ÖGB-Forderung, wonach auch nicht bei ihrem Kind lebende Mütter und Väter sowie Patchwork-Familien künftig das Recht auf Pflegefreistellung haben müssen, ist seit 2013 Gesetz. Die Umsetzung ist ein wichtiger Schritt zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

---

## ZEITARBEIT

Mit der Novelle des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes traten zahlreiche Verbesserungen für ZeitarbeiterInnen in Kraft, unter anderem weitere Schritte zur Gleichstellung mit den Stammbeschäftigten.

---

## INSOLVENZRECHT

Mit dem Beschluss der Insolvenzrechtsreform 2010 hat der ÖGB erreicht, dass es bei Austrittsbedingungen zu keinen Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen kommen darf.

---

## PENDLERPAUSCHALE

Menschen, die längere Anfahrtswege zu ihren Arbeitsplätzen in Kauf nehmen müssen, sollen entlastet werden. Die Anhebung der Pendlerpauschale, die ursprünglich um fünf Prozent erhöht werden sollte, wurde verdoppelt. Gleichzeitig wurde der Pendlerzuschlag bei der Negativsteuer um elf Euro erhöht (insgesamt maximal 251 Euro). Damit werden die Mehrkosten des Pendelns (Erhöhung der Mineralölsteuer, Erhöhung der Fahrkartenpreise) zum Teil abgegolten. Der ÖGB verlangt jedoch weiterhin die Umsetzung eines Absetzbetrages mit Negativsteuerwirkung, weil das verteilungspolitisch sinnvoller ist.

# Pensionen

26 |



© Sozialpartner

---

## PENSIONSPAKET DER SOZIALPARTNER

Beim Bad Ischler Dialog im Oktober 2011 haben die Sozialpartner ein Maßnahmenpaket präsentiert, das die Anhebung des faktischen Pensionsalters bringen soll. Bei Umsetzung des Maßnahmenkatalogs erwarten ÖGB und Kammern, dass innerhalb der kommenden zehn Jahre das faktische Pensionsantrittsalter (derzeit rund 58 Jahre) um zwei Jahre steigen wird. Das Paket umfasste unter anderen folgende Punkte:

- » Berufliche und gesundheitliche Rehabilitation statt befristeter Invaliditätspensionen, auch darauf haben sich die Sozialpartner grundsätzlich geeinigt. Mittlerweile hat der Gesetzgeber beschlossen, dass die befristeten I-Pensionen für Personen, die ab dem 2. Jänner 1964 geboren sind, durch Umschulungsgeld vom AMS bzw. durch Rehabilitationsgeld von der Gebietskrankenkasse ersetzt werden.
- » Vereinfachung der Pensionsberechnung: Die Pensionsberechnung soll vereinfacht werden, damit für die Versicherten klar ersichtlich ist, wie sich eine längere Erwerbstätigkeit auf ihre Pensionshöhe auswirkt. Auch dieser Vorschlag wurde bereits vom Parlament beschlossen, da ab 2014 das Pensionskonto eingeführt wird (siehe weiter unten).
- » Teilpension: Man soll die Möglichkeit erhalten, neben dem Bezug eines Teils der Pension über der geringfügigkeitsgrenze weiter erwerbstätig zu sein.
- » Bonus-Malus-System: Die Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen soll zu einem Bonus für die Betriebe führen, entledigt sich jedoch ein Betrieb seiner älteren ArbeitnehmerInnen bzw. stellt er keine älteren ArbeitnehmerInnen ein, soll dies zu Strafzahlungen führen.
- » Weiterbildung: Beschäftigte mit belastungsintensiven Tätigkeiten sollen bereits im Haupterwerbsalter (ab 35 Jahre) regelmäßig (z. B. alle zwei Jahre zwei Wochen) an Weiterbildungen teilnehmen.

---

## BEITRAGSGERECHTIGKEIT

Der Bundesbeitrag zu den verschiedenen Pensionen (ASVG, Bauern, Selbstständige) ist unterschiedlich hoch. Die ArbeitnehmerInnen zahlen sich nämlich den größten Teil ihrer Pensionen selbst, während zu den Pensionen der Bauern und Gewerbetreibenden der Staat einen großen Teil hinzuzahlt. In der letzten Zeit wurden die Pensionsbeiträge der Selbstständigen und Bauern angehoben – das ist ein wesentlicher Fortschritt zu mehr Beitragsgerechtigkeit. Nichtsdestotrotz bleibt die Forderung aufrecht: Gleiche Beiträge für gleiche Leistungen. Die Pensionsbeiträge der Selbstständigen und Bauern sollen weiter angehoben werden, bis sie das Niveau der ASVG-Versicherten erreichen.

---

## LANGZEITVERSICHERTENREGELUNG

Obwohl die Möglichkeit, bis 2013 nach 45 bzw. 40 Beitragsjahren ab dem 60. (Männer) bzw. 55. (Frauen) Lebensjahr in Pension gehen zu können, von allen Parlamentsparteien beschlossen wurde, forderten viele, dass das Antrittsalter der Langzeitversichertenregelung bereits vor 2014 angehoben werden sollte. Der ÖGB konnte verhindern, dass diese Forderung umgesetzt wird und hat immer wieder darauf hingewiesen, dass dies eine Verletzung des Vertrauensgrundsatzes darstellen würde. Das Antrittsalter wird bei der Langzeitversichertenregelung somit erst im Jahr 2014 auf das 62. (Männer) und 57. (Frauen) Lebensjahr angehoben.

---

## PENSIONSKONTO

Schon Anfang 2014 wird das sogenannte Pensionskonto eingeführt. Darauf wird die zu erwartende Pensionshöhe transparent und verständlich dargestellt. Der ÖGB hat sich dafür eingesetzt, dass das Konto bereits früher als ursprünglich geplant zum Einsatz kommt, damit die Menschen rascher einen Überblick über ihre künftige Pension haben.

# Gesundheit, Pflege

28 |



© ÖGB Walter Schreiner

---

## GESUNDHEITSREFORM

Im Vordergrund der Gesundheitsreform standen für den ÖGB: beste Leistungen für die PatientInnen, Beibehaltung des Systems der in Selbstverwaltung organisierten Pflichtversicherung und gleicher Zugang zu allen Leistungen der medizinischen Versorgung für alle.

Mit der Elektronischen Gesundheitsakte ELGA wird die Betreuung der PatientInnen verbessert, und es wurden die notwendigen rechtlichen Grundlagen für eine österreichweite Umsetzung der e-Medikation geschaffen. Das Festlegen gemeinsamer Ziele in allen im Gesundheitssystem agierenden Einrichtungen ist ein weiteres wesentliches Element der Reform. Weitere Punkte sind unter anderen die langfristige Sicherung und der Ausbau der hohen Qualität der Gesundheitsversorgung, die Versorgung der PatientInnen zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort mit optimaler medizinischer und pflegerischer Qualität, zielgerichteter Ausbau von Gesundheitsförderung und Prävention.

---

## ARBEITNEHMERINNENSCHUTZ

Der ÖGB hat massiv darauf gedrängt, dass auch ausdrücklich arbeitsbedingte psychische Belastungen in den Wirkungsbereich des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes aufgenommen werden. Mit der Novelle zum ArbeitnehmerInnenschutzgesetz 2013 hat der ÖGB erreicht, dass Unternehmen verstärkt Prävention von psychischen Belastungen und Gefährdungen am Arbeitsplatz betreiben müssen. Im Rahmen der Arbeitsplatzevaluierung müssen nun auch ausdrücklich arbeitsbedingte psychische Belastungen evaluiert werden, die bei ArbeitnehmerInnen auf Sicht zu Erkrankungen führen können. Arbeits- und OrganisationspsychologInnen sind am besten ausgebildet, um diese Evaluierung durchzuführen. Diese können vom/von der ArbeitgeberIn zur Evaluierung der psychischen Belastungen herangezogen werden, sie sind im Gesetz dafür ausdrücklich angeführt.

Der ÖGB hat sich auch dafür eingesetzt, dass es bei überlassenen ArbeitnehmerInnen zu Klarstellungen im ArbeitnehmerInnenschutzgesetz kommt – gerade ZeitarbeiterInnen sind öfter von Arbeitsunfällen betroffen. Dem soll nun mit verbesserten Informationspflichten zwischen Beschäftigter und Überlasser hin-

sichtlich der Gesundheits- und Sicherheitsgefahren dieser Beschäftigtengruppe vorgebeugt werden.

Bisher war die Bestellung von ausgebildeten ErsthelferInnen in Arbeitsstätten und auf Baustellen erst ab mindestens fünf Beschäftigten erforderlich. Mit Übergangsregelungen muss ab 2015 aufgrund einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs auch bei weniger als fünf Beschäftigten ein/e ErsthelferIn bestellt werden. Der ÖGB hat in den Verhandlungen mit den ArbeitgeberInnen folgende Verbesserung erreicht: Ab Jänner 2015 haben die ErsthelferInnen in allen Arbeitsstätten spätestens nach vier Jahren einen achtstündigen Auffrischkurs zu machen (bisher: alle zehn Jahre 16 Stunden). Neu: Auch der/die ArbeitgeberIn kann sich zum/zur ErsthelferIn bestellen und die Erste-Hilfe-Auffrischung kann auch vom/von der ArbeitsmedizinerIn außerhalb der Präventionszeit durchgeführt werden.

---

## NACHTSCHWERARBEIT

Seit 2013 beträgt der Nachtschwerarbeitsbeitrag 3,7 Prozent statt wie bisher 2 Prozent. Der ÖGB hat das bei der ÖGB-AK-Konferenz am 20. Jänner 2012 im Vorfeld der geplanten Budgetkonsolidierung gefordert.

Auch ArbeitnehmerInnen der Berufsfeuerwehr, die regelmäßig Nachtdienste leisten, Nachtarbeit leisten, wurden in das Nachtschwerarbeitsgesetz einbezogen.

---

## PFLEGE

Wer Angehörige zu pflegen hat, muss entlastet werden. Der ÖGB hat sich daher für Verbesserungen für pflegende Angehörige starkgemacht: Ab der Pflegestufe 3 werden die Pensionsversicherungsbeiträge von pflegenden Angehörigen in der Selbst- und Weiterversicherung vom Staat übernommen.



# Europa und Internationales

30 |



© ÖGB Barbara Weber

---

## INTERESSENVERTRETUNG IN EUROPA

Innenpolitik und Wirtschaftspolitik sind von der europäischen Ebene praktisch nicht mehr zu trennen, der ÖGB ist daher auch auf europäischer Ebene aktiv. Der ÖGB brachte sich aktiv in die inhaltliche Arbeit des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) ein. Gegenüber den europäischen Institutionen vertrat der ÖGB die Standpunkte der ArbeitnehmerInnen, im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss sind ÖGB und Gewerkschaften mit vier Sitzen vertreten. Ein Schwerpunkt des ÖGB auf europäischer Ebene ist seit Jahren der Kampf gegen den neoliberalen Umbau der EU in eine Wettbewerbsunion der niedrigsten sozialen Standards.

---

## FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

ÖGB und AK haben sich früh für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Europa eingesetzt haben: aus Gründen der Steuergerechtigkeit und um Spekulationen einzudämmen. Der ÖGB hat sich der Initiative „Europeans for Financial Reform“ angeschlossen, einer Koalition von Gewerkschaften, NGOs, BürgerInnen, progressiven PolitikerInnen und anderen. Der Startschuss für die Kampagne erfolgte am 21. September 2009. Trotz Kritik und Skepsis bis hin zum Abtun als „linke Träumerei“ wird die Finanztransaktionssteuer in elf Staaten der Europäischen Union Wirklichkeit.

---

## EUROPADIALOG

Im November 2010 startete der ÖGB gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) die Veranstaltungsreihe „Europadialog“. Europapolitik ist bereits Tagesgeschäft des ÖGB und prägt zunehmend auch den Berufsalltag von ArbeitnehmerInnen in Österreich. Mit der Dialogreihe wollen ÖGB und ÖGfE allen Interessierten eine Plattform bieten, kritisch über europapolitische Themen zu diskutieren. Zu den Gästen zählten unter anderen Erich Foglar, Martin Schulz (Präsident des Europäischen Parlaments), EGB-Generalsekretärin Bernadette Ségol, Bundeskanzler Werner Faymann.

---

## EUROPÄISCHER GEWERKSCHAFTSBUND – AKTIONSTAGE

Angesichts der drastischen Sparkurse vieler Regierungen und der neoliberalen Politik der Europäischen Kommission hat der EGB schon frühzeitig Kritik

geübt: Der Sparwahn führe nicht aus der Krise, sondern verstärke sie nur. Bei mehreren Demonstrationen, Aktionstagen und Kundgebungen haben die europäischen Gewerkschaften ihren Forderungen lautstark Nachdruck verliehen. Der ÖGB und die Gewerkschaften haben sich an den Demos und Aktionen beteiligt: bei Aktionstagen in Österreich, Demos in Ungarn und Polen und bei Kundgebungen in Brüssel. Im November 2012 stand die Solidarität mit Griechenland im Mittelpunkt der Aktionen in Österreich.

---

## INTERNATIONALER GEWERKSCHAFTSBUND – PERC

Im September 2010 zog der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) in Wien unter dem Motto „20 Jahre Wandel. What next?“ bei einer PERC-Konferenz Bilanz über die Gewerkschaftspolitik der vergangenen zwei Jahrzehnte. PERC steht für „Pan European Regional Council“, dieses ist innerhalb des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) angesiedelt und wurde im März 2007 gegründet. Mikhail Shmakov, Präsident der russischen FNPR, ist derzeit PERC-Vorsitzender, ÖGB-Präsident Erich Foglar ist Vizepräsident.

Die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften in mittel- und osteuropäischen Staaten ist traditionell ein Schwerpunkt der internationalen Arbeit des ÖGB, so auch in den vergangenen vier Jahren. In mehreren grenzüberschreitenden Kooperationen haben ÖGB und Nachbargewerkschaftsverbände ein Netz an Beratungsprojekten aufgebaut, das sich gerade in Krisenzeiten als hilfreich erwiesen hat.

---

## OECD/TUAC

Infolge der Wirtschaftskrise mussten Gewerkschaften auf der ganzen Welt verstärkten Druck auf ArbeitnehmerInnen- und Gewerkschaftsrechte feststellen. Gewerkschaften haben die Achtung dieser Rechte eingefordert, ebenso einen Kurswechsel bei der Bewältigung der Krise. Der Gewerkschaftliche Beratungsausschuss bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (TUAC/OECD) hat 2012 den Ministerrat der OECD zu einer Änderung seiner Wirtschaftspolitik aufgefordert. Der Finanzsektor müsse wieder in den Dienst der Realwirtschaft gestellt werden, qualitätsvolle öffentliche Dienstleistungen müssten ausgebaut, nicht zerstört werden.

| 31

# Betriebsarbeit

32 |

The screenshot shows the homepage of the OGB Betriebsräte website. At the top, there is a navigation bar with links for HOME, INHALT, LINKS, HILFE, VOLLEXTENSIVE, and SUCHE. The main header features the OGB logo and the text 'BETRIEBSRAETE.AT'. Below this is a large banner image of a group of people in a meeting, with a speech bubble that says 'AKTIV IM BETRIEB.'. To the right of the banner is a search bar and a 'GO' button. Below the banner is a navigation menu with buttons for DER ÖGB, SERVICE, BILDUNG, and BETRIEBSRAETE.AT. On the left side, there is a vertical menu with buttons for GRUNDSÄTZE, SERVICE, VERTRETUNGEN, WEITERBILDUNG, MITGLIEDERWERBUNG, OFT GEFRAGT, and ANSPRECHPERSONEN. In the center, there is a video player showing a hand holding a white envelope, with the text 'ÖGB: MEHR RECHTE FÜR BETRIEBSRÄTE!' below it. To the right of the video player is a login form with fields for USERNAME and PASSWORT, and a 'GO' button. Below the login form is a vertical menu with buttons for DATEN ÄNDERN, NEWSLETTER, ARTIKELSERVICE, BROSCHUREN, FORMULARE, and BETRIEBSRAT & KRISE. At the bottom left, there is a small image of a woman and the text 'JETZT MITGLIED WERDEN'. At the bottom right, there is a section for 'AKTUELLE MELDUNGEN' with a date of 23.06.2013 and the text 'Bildung ist der Schlüssel zu Beschäftigung und Wachstum'.



---

## BETRIEBSRATSWAHLEN

Zur Unterstützung bei Betriebsratswahlen hat der ÖGB zwei neue Tools entwickelt, die sowohl BetriebsrätInnen als auch SekretärInnen der Gewerkschaften und des ÖGB die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen erleichtern sollen.

Für Wahlvorstände, BetriebsrätInnen und betriebsbetreuende SekretärInnen wurde der „Betriebsratswahl-Assistent“ entwickelt, der vor und nach der Betriebsratswahl wichtige Dienste leistet. Der „Informations-Assistent“ wurde für betriebsbetreuende SekretärInnen geschaffen, er liefert Informationen über die betreffenden Betriebe, Körperschaften, BetriebsrätInnen und dient außerdem der Aktualisierung der Daten und der Initiierung der Betriebsratswahl.

---

## ÜBER DIE GRENZEN

Der ÖGB und bietet in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften aus Nachbarländern grenzüberschreitende Beratungen an. Die Projekte ZUWINS, ZUWINS+, ZUWINBAT, Arbeitsmarkt+) haben 6.185 tschechische und slowakische ArbeitnehmerInnen beraten. Im Grenzraum mit Ungarn und mit Slowenien gab es ebenfalls interregionale Gewerkschaftsprojekte. Austausch, Information und Unterstützung stehen dabei im Mittelpunkt.

---

## VÖGB-BILDUNGSANGEBOT NEU

Der VÖGB hat im Jahr 2012 sein Bildungsangebot auf neue Beine gestellt, es wurde in Lehrgänge umgewandelt. Aufbauend auf den Basiskenntnissen vertiefen die TeilnehmerInnen innerhalb der Lehrgänge, darunter „Politik, Recht und Wirtschaft“, „Soziale Kompetenz“, „Aufsichtsratsmitglieder“ oder der „Politische Frauenlehrgang“, in verschiedenen Spezialmodulen ihr Wissen. Das Bildungsangebot bietet zielgerichtete Aus- und Weiterbildung und kann von BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen individuell zusammengestellt werden. Auch die Website [www.voegb.at](http://www.voegb.at) wurde mit Features wie der Online-Anmeldung, der persönlichen Kurshistorie und vielem mehr rundum erneuert.

---

## GEWERKSCHAFTSSCHULE NEU

Im Zuge des Prozesses Gewerkschaftsschule NEU wurden im April 2010 einheitliche Mindeststandards für die gewerkschaftspolitische Ausbildung definiert. Insgesamt umfasst das Curriculum der österreichischen Gewerkschaftsschulen mindestens 305 Unterrichtseinheiten in allen Bundesländern. Die inhaltlichen, pädagogischen und didaktischen Angebote unterteilen sich in drei Kompetenzbereiche: gewerkschaftliche Handlungskompetenz, soziale Kompetenz und Sachkompetenz. Um den TeilnehmerInnen zu ermöglichen, ihre Fertigkeiten praxisnah zu vertiefen, müssen innerhalb der zwei Jahre ein Europaworkshop inklusive Studienreise nach Brüssel, ein Projekt, Selbstlernphasen und vertiefende Seminare absolviert werden.

---

## ARTIKELSERVICE

Für BetriebsrätInnen gibt es seit 2009 ein neues Service: Für Betriebszeitungen, Flugblätter, Veranstaltungen stellt der ÖGB ein Artikelservice zur Verfügung. Argumente und ÖGB-Positionen zu aktuellen Themen wurden regelmäßig an alle interessierten BetriebsrätInnen geschickt.

# Mitgliederservice

34 |



© ÖGB, Paul Sturm

---

## PROJEKT „STILLE AUSTRITTE“ HOLTE MITGLIEDER ZURÜCK

Das Projekt „Stille Austritte“ wurde bereits 2008 gestartet und bis dato weitergeführt. Dabei geht es um die Rückgewinnung von Mitgliedern, die ohne es zu wissen und zu wollen, zum Beispiel durch Betriebswechsel, aus der Gewerkschaft ausgeschieden sind. Seit Beginn des Projektes bis April 2013 konnten 13.262 Mitglieder überzeugt werden, ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft wieder aufleben zu lassen, ihren Zahlungsrückstand und den laufenden Mitgliedsbeitrag zu bezahlen. Abzüglich der Projektkosten bringt das (seit Projektbeginn) Beitragseinnahmen in der Höhe von 2.661.900 Euro. Seit 2011 wurden zusätzlich 2.554 PensionistInnen-Mitglieder wiedergewonnen.

---

## ONLINE-MITGLIEDSCHAFT

Seit Dezember 2010 besteht die Möglichkeit, auf der Website des ÖGB Gewerkschaftsmitglied zu werden. Knapp 1.300 neue Mitglieder sind online beigetreten ([www.oegb.at/anmelden](http://www.oegb.at/anmelden)), Schwerpunkte der Mitgliederwerbung bleiben aber weiterhin die direkten Kontakte der Gewerkschaften in Betrieben, bei Aktionen oder Veranstaltungen.

---

## INFORMATIONsabende UND BERATUNGEN

Der ÖGB hat für seine Mitglieder und für Interessierte ein neues Serviceangebot geschaffen: Im ÖGB-Servicecenter in Wien fanden regelmäßig Informationsabende zu aktuellen Themen statt, Expertinnen und Experten gaben dabei einen Überblick zum jeweiligen Thema. Die 29 Informationsabende wurden von insgesamt fast 2.000 Menschen besucht.

Der ÖGB bietet im Servicecenter in Wien sowie in allen Bundesländern auch Einzelberatungen an. Die Themen reichen von beruflicher Bildungsberatung über Mobbingberatung bis zu Auskünften über ArbeitnehmerInnenveranlagung und Pensionsrecht. Tausende Mitglieder und Interessierte wurden in den vergangenen Jahren beraten.

---

## NEUE INTERNETAUFTRITTE

Mit den neu gestalteten Internetauftritten von [www.oegb.at](http://www.oegb.at), [www.voegb.at](http://www.voegb.at), [www.betriebsraete.at](http://www.betriebsraete.at) und der neuen Website [www.mitgliederservice.at](http://www.mitgliederservice.at) bietet der ÖGB seinen Mitgliedern und den ArbeitnehmervertreterInnen seit 2012 ein gutes und übersichtliches Service mit allen Leistungen und Angeboten sowie aktuellen Informationen zu politischen Themen und Positionen.

---

## NEWSLETTER

Nicht nur das Design der Websites hat sich verändert. Neu ist ebenso das Layout der Newsletter. Es gibt den Newsletter „ÖGB-News der Woche“ mit aktuellen politischen Meldungen, einen Mitgliederservice-Newsletter mit den Serviceangeboten des ÖGB sowie für BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen den Artikelservice und einen Newsletter mit aktuellen Informationen.

# ÖGB-Reform

36 |



---

## KONGRESS 2007

Beim ÖGB-Bundeskongress 2007 wurden zahlreiche Reformmaßnahmen beschlossen. Vieles davon ist inzwischen in den Alltag des ÖGB und der Gewerkschaften eingeflossen, andere Vorhaben konnten schlussendlich doch nicht umgesetzt werden.

---

## TRANSPARENZ

Das Mission Statement ist wie beschlossen formuliert worden und wurde auch als Spot umgesetzt, der auf der ÖGB-Website online ist; die Einkommen der stimmberechtigten ÖGB-Vorstandsmitglieder sind auf [www.oegb.at](http://www.oegb.at) öffentlich gemacht; das „Forum Migration“ in Oberösterreich hat sich als Themen- und Funktionsforum bewährt; im Catamaran in Wien wurde eine einheitliche Festnetznummer umgesetzt; die Diäten und Kilometergelder werden wie beschlossen über das Gehaltskonto abgerechnet; die Mitglieder-Rückgewinnungsprojekte („Stille Austritte“, „verärgerete ausgetretene Mitglieder“) wurden umgesetzt; bei den ÖGB-Bundeskongressen 2007 und 2009 gab es Hearings der Vorstands-KandidatInnen (ebenso 2013).

---

## SCHWERPUNKTE

Das beschlossene Agendasetting wurde mit der Festlegung von gemeinsamen Jahresschwerpunkten umgesetzt, das waren: FAIR TEILEN, Bildung geht weiter, Arbeitsmarktöffnung und zuletzt Sozialstaat fairbessern. Die Themen sind flächendeckend und gewerkschaftsübergreifend umgesetzt worden.

---

## OFFENE PUNKTE

Andere Projekte sind nicht zur Umsetzung gelangt, darunter ein gemeinsames Customer-Relationship-Management, das Gesamtmedienkonzept inklusive gemeinsamer Mitgliederzeitschrift, ein zentraler Einkauf (technische Möglichkeiten wären vorhanden) oder eine gemeinsame Mitgliederevidenz. Die offenen Punkte wurden teils anders gelöst (Umstellung der Solidarität auf Kleinformat und sechs Ausgaben pro Jahr), werden noch in Angriff genommen (KV-Portal) oder wurden auch teils als nicht umsetzbar verworfen.



# Finanzbericht

2009 BIS 2012

38 |



## JÄNNER 2010: NEUES HAUS IN WIEN

Als ein wesentlicher Teil der Reformmaßnahmen nach dem ÖGB-Bundeskongress im Jänner 2007 haben ÖGB und einige Gewerkschaften vereinbart, ihre Wiener Zentralen an einen gemeinsamen Standort zu legen. Das Vorhaben wurde mit dem Bezug des Bürogebäudes „CATAMARAN“ umgesetzt. Die neue Adresse der ÖGB-Zentrale lautet seit 7. Jänner 2010: 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, benannt nach einem der Gründer des ÖGB, Johann Böhm, der auch erster ÖGB-Präsident war. Bis 7. Jänner 2010 erfolgte die Übersiedlung von ÖGB-Zentrale, ÖGB-Verlag und Sotour, es folgten die Gewerkschaften GBH, GPF, PRO-GE und vida. Am 1. März 2010 war der Bezug durch ÖGB und Gewerkschaften komplett. Die Gewerkschaften GPA-djp, GÖD und GdG-KMSfB sind an ihren bisherigen Standorten verblieben.

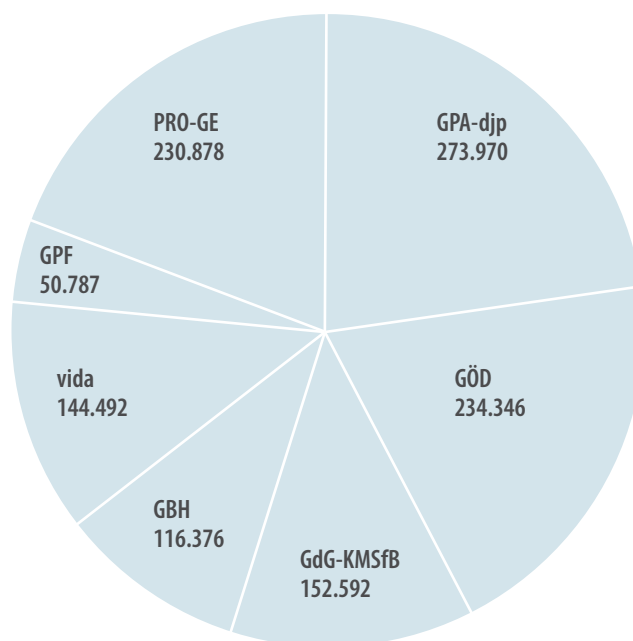
Als weiterer Strukturreformschritt haben sich nach der Gründung der Gewerkschaft vida, hervorgegangen aus den ehemaligen Gewerkschaften der Eisenbahner, Handel-Transport-Verkehr und Hotel-, Gastgewerbe und Persönliche Dienste, und dem Zusammenschluss der Gewerkschaft der Privatangestellten mit der Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier zur GPA-djp im Jahr 2006 weitere Gewerkschaften im Jahr 2009 zusammengeschlossen. So gingen aus dem Gewerkschaftstag vom 29. Juni 2009 aus der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und der Gewerkschaft Kunst, Medien, Sport, freie Berufe die Gewerkschaft GdG-KMSfB und aus dem Gewerkschaftstag vom 26. November 2009 der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung und der Gewerkschaft der Chemiarbeiter die Gewerkschaft PRO-GE hervor.

Per 31. Dezember 2012 zählt der Österreichische Gewerkschaftsbund 1.203.441 Mitglieder verteilt auf folgende sieben Gewerkschaften:

- » Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp)
- » Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD)
- » Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB)
- » Gewerkschaft Bau-Holz (GBH)
- » Gewerkschaft vida
- » Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten (GPF)
- » Gewerkschaft PRO-GE

## MITGLIEDERANZAHL NACH GEWERKSCHAFTEN

Stand Ende 2012

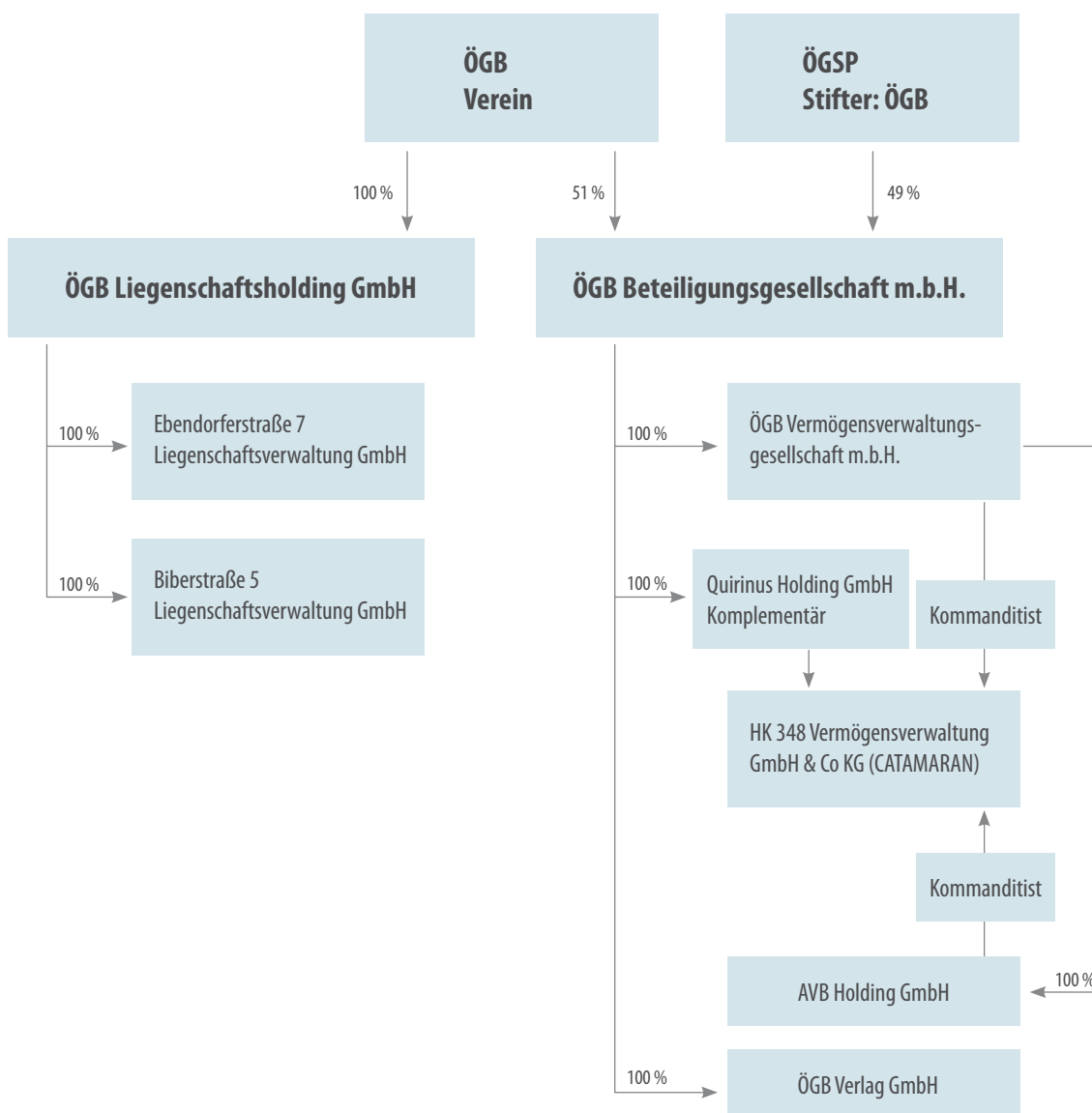


## WESENTLICHE BETEILIGUNGEN DES ÖGB

Auch im Beteiligungsbereich des Österreichischen Gewerkschaftsbundes wurden die Reformmaßnahmen weiter umgesetzt. Dem Österreichischen Gewerkschaftsbund gehören zum 31. Dezember 2012 Anteile an der im Jahr 2009 errichteten ÖGB Liegenschaftsholding GmbH (100-prozentiges Tochterunternehmen) und nach der im Jahr 2009 erfolgten Veräußerung von 49 Prozent an die Österreichische Gewerkschaftliche Solidarität Privatstiftung (ÖGSP) 51 Prozent der Anteile an der ÖGB Beteiligungsgesellschaft m.b.H. Die ÖGB Liegenschaftsholding GmbH hält 100 Prozent Anteile an den Gesellschaften Ebendorferstraße 7 Liegenschaftsverwaltung GmbH und Biberstraße 5 Liegenschaftsverwaltung

GmbH. Die ÖGB Beteiligungsgesellschaft m.b.H. hält derzeit 100 Prozent Anteile an den Unternehmen ÖGB Vermögensverwaltungsgesellschaft m.b.H., Quirinus Holding GmbH und Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH. Die ÖGB Vermögensverwaltungsgesellschaft m.b.H. hält zusammen mit ihrem Tochterunternehmen, der AVB Holding GmbH, und der Quirinus Holding GmbH eine 100-prozentige Beteiligung an der HK 348 Vermögensverwaltungs GmbH & Co KG. Die HK 348 Vermögensverwaltungs GmbH und Co KG ist Eigentümerin der Liegenschaft „CATAMARAN“ im 2. Wiener Gemeindebezirk, in welcher der Österreichische Gewerkschaftsbund gemeinsam mit vier Gewerkschaften Büroräumlichkeiten mietet.

40 |





Die bereits erfolgreich durchgeführten Restrukturierungsmaßnahmen und die Ausschöpfung der durch die Bündelung von Zentrale, Gewerkschaften und Beteiligungsgesellschaften am neuen Standort eingetretenen Synergien einerseits sowie die ergebnisorientierten und werterhaltenden Zielsetzungen der ÖGB Beteiligungsfirmen andererseits sicherten das erklärte Vorhaben und Ziel, die Finanzierung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes aus Mitgliedsbeiträgen zu leisten, in den Jahren 2009 bis 2012 weiter ab. Dass der eingeschlagene Weg der effizienten und sparsamen Mittelverwendung konsequent beschritten und eingehalten wurde, wird durch die in diesem Bericht vorgelegten Zahlen bestätigt. Die erstellten Jahresabschlüsse wurden gemäß den ge-

setzlichen Bestimmungen durch die SST Schwarz & Schmid Wirtschaftsprüfungsges.m.b.H, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, einer Jahresabschlussprüfung unterzogen.

## Kennzahlen der Gewinn- und Verlustrechnung

	2012 TEUR vorläufig	2011 TEUR	2010 TEUR	2009 TEUR
Umsatzerlöse (Mitgliedsbeiträge)	209.178	203.495	199.322	195.748
sonstige betriebliche Erträge	22.143	22.290	24.654	22.774
<b>Betriebsleistung</b>	<b>231.321</b>	<b>225.785</b>	<b>223.976</b>	<b>218.522</b>
Material und sonstige bezogene Leistungen	-24.506	-24.292	-24.666	-22.569
Personalaufwand*	-105.199	-99.878	-98.480	-98.761
Abschreibungen	-3.902	-3.845	-4.637	-3.920
sonstige betriebliche Aufwendungen	-90.299	-91.215	-95.618	-94.742
<b>Betriebserfolg</b>	<b>7.415</b>	<b>6.555</b>	<b>575</b>	<b>-1.470</b>
Erträge aus Wertpapieren	3.844	3.536	3.380	3.204
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.698	2.383	1.938	2.449
Erträge aus d. Abgang v. Anlagen u. Wertpapieren	2.408	2.084	1.184	2.980
Aufwendungen aus Finanzanlagen u. Wertpapieren	-326	-2.683	-1.055	-1.596
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-15	-79	-59	-191
<b>Finanzerfolg</b>	<b>7.609</b>	<b>5.241</b>	<b>5.388</b>	<b>6.846</b>
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>15.024</b>	<b>11.796</b>	<b>5.963</b>	<b>5.376</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-927	-1.046	-819	-853
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>14.097</b>	<b>10.750</b>	<b>5.144</b>	<b>4.523</b>
Auflösung von Rücklagen	196	301	335	788
Zuweisung zu Rücklagen	-174	-1.084	-143	-193
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>14.119</b>	<b>9.967</b>	<b>5.336</b>	<b>5.118</b>

\*Anstieg 2012 aufgrund geänderten Rechenzinses (Bewertungsvorschriften) bei Personalarückstellungen

## BETRIEBSLEISTUNG

Die Betriebsleistung zeigt im Zeitraum 2009 bis 2012 aufgrund der Entwicklung bei den Mitgliedsbeitrags-einnahmen eine positive Tendenz. Die Gründe dafür liegen in der erfreulichen Tatsache, dass der Mitglieder-rückgang deutlich reduziert werden konnte und in einzelnen Bereichen wieder Zuwächse bei den Mit-gliedszahlen erreicht wurden.

## BETRIEBS-/FINANZERFOLG

War der Betriebserfolg im Jahr 2009 noch mit 1,47 Millionen € negativ, konnte dieser – ohne Leistungen für die Mitglieder einschränken zu müssen – im Berichtszeitraum auf vorläufig rund 7,42 Millionen € per 31. Dezember 2012 stark verbessert werden. Diese Entwicklung ist insbesondere auf gestiegene Beitragseinnahmen und die gesetzten Einsparungsmaßnahmen in den einzelnen Organisationsbereichen und die damit verbundene Senkung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (zum Vergleich vorläufig rund 5,32 Millionen € weniger Aufwand per 31. Dezember 2012 gegenüber dem höchsten Wert 2010) zurückzuführen. Der Personalaufwand konnte aufgrund von nicht erfolgten Nachbesetzungen bei Pensionierungen im Berichtszeitraum auf stabilem Niveau gehalten werden. Im Jahr 2012 ergab sich jedoch aufgrund einer Änderung der Bewertungsvorschriften ein höheres Personalrückstellungserfordernis. Der Österreichische Gewerkschaftsbund ist zum 31. Dezember 2011 Arbeitgeber für 1.831 DienstnehmerInnen (2009: 1.882).

Der Finanzerfolg entwickelte sich trotz schwieriger Rahmenbedingungen am Finanz- und Kapitalmarkt stabil.

## OPERATIVES ERGEBNIS AUS DER VEREINSTÄTIGKEIT

Ausgehend vom Jahresergebnis 2009 konnte der dort ausgewiesene Jahresüberschuss von 4,52 Millionen € innerhalb von zwei Jahren um 6,23 Millionen € auf 10,75 Millionen € per 31. Dezember 2011 gesteigert werden. Das positive Jahresergebnis 2012 beläuft sich vorläufig auf 14,12 Millionen €.

Mit einem im Jahr 2009 ausgewiesenen Jahresüberschuss von 4,52 Millionen € ergibt sich nach Bereinigung der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen ein operatives Ergebnis von minus 5,07 Millionen €. Die ausgewiesenen sonstigen betrieblichen Erträge stammen im Wesentlichen aus Liegenschaftsveräußerungen. Im Jahr 2010 hat sich das operative Ergebnis um 5,89 Millionen € gegenüber dem Vorjahr verbessert und lag bei 821.000 € bereits wieder im Plus. Insgesamt wurden in diesem Jahr nicht mehr benötigte Rückstellungen in der Höhe von 3,34 Millionen € aufgelöst und unter den sonstigen betrieblichen Erträgen (3,83 Millionen €) erfasst. Das operative Ergebnis stieg 2011 auf 10,39 Millionen € und liegt somit knapp unter dem ausgewiesenen Jahresüberschuss von 10,75 Millionen €.

## Kennzahlen der Bilanz

	vorläufig 31.12.2012 TEUR	31.12.2011 TEUR	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR
<b>AKTIVA</b>				
<b>Anlagevermögen</b>				
Immaterielles Vermögen	443	505	480	435
Sachanlagen	26.914	28.469	31.022	31.466
Finanzanlagen	202.682	172.031	141.581	133.821
	<b>230.039</b>	<b>201.005</b>	<b>173.083</b>	<b>165.722</b>
<b>Umlaufvermögen</b>				
Vorräte u. sonstige Forderungen, ARA	37.151	35.056	31.494	47.551
Flüssige Mittel	135.943	146.462	170.508	171.339
	<b>173.094</b>	<b>181.518</b>	<b>202.002</b>	<b>218.890</b>
	<b>403.133</b>	<b>382.523</b>	<b>375.085</b>	<b>384.612</b>
<b>PASSIVA</b>				
<b>Eigenkapital</b>				
Vereinskapital	231.506	221.539	216.203	211.085
Rücklagen	46.628	46.650	45.867	46.059
Bilanzgewinn	14.119	9.967	5.336	5.118
	<b>292.253</b>	<b>278.156</b>	<b>267.406</b>	<b>262.262</b>
<b>Rückstellungen</b>				
	<b>91.506</b>	<b>84.187</b>	<b>81.464</b>	<b>88.116</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>				
Verbindlichkeiten L&L, Zweckwidmungen, PRA	11.915	12.859	17.027	22.678
Sonstige Verbindlichkeiten	7.459	7.321	9.188	11.556
	<b>19.374</b>	<b>20.180</b>	<b>26.215</b>	<b>34.234</b>
	<b>403.133</b>	<b>382.523</b>	<b>375.085</b>	<b>384.612</b>
<b>EK-Quote</b>	<b>72,50 %</b>	<b>72,72 %</b>	<b>71,29 %</b>	<b>68,19 %</b>

## SACH-/FINANZANLAGEVERMÖGEN

Die unter den Sachanlagevermögen ausgewiesenen Vermögenswerte betreffen hauptsächlich Grundstücke und Gebäude in der Höhe von 20,66 Millionen € und andere Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung mit Buchwerten von insgesamt 7,81 Millionen € per 31. Dezember 2011.

Das in der Bilanz per 31. Dezember 2011 ausgewiesene Finanzanlagevermögen setzt sich im Wesentlichen aus den Beteiligungsansätzen der Beteiligungen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (46,24 Millionen €) und Wertpapieren des Anlagevermögens (Anleihen, Obligationen etc.) in der Höhe von 108,34 Millionen € zusammen.

## VERBINDLICHKEITEN/RÜCKSTELLUNGEN

Die Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2011 sind bis auf 522.000 € vorwiegend kurzfristig mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr. Insgesamt konnten die jeweils zum Bilanzstichtag auszuweisenden Verbindlichkeiten im Berichtszeitraum deutlich verringert werden.

Die Rückstellungen wurden im Berichtszeitraum hauptsächlich für personalbezogene Vorsorgen wie Abfertigungen und Pensionen gebildet. Die in den Rückstellungen enthaltenen sonstigen Rückstellungen betreffen per 31. Dezember 2011 hauptsächlich nicht konsumierte Urlaube (9,97 Millionen €), Altersteilzeit (2,47 Millionen €), Bundeskongress und Gewerkschaftstage (5,53 Millionen €), Jubiläumsgelder (5,05 Millionen €), Rechtsschutz und Prozesskosten (3,11 Millionen €) und übrige sonstige Rückstellungen (8,09 Millionen €).

## EIGENKAPITAL/EIGENKAPITALQUOTE

Die Eigenkapitalausstattung zeigt eine positive Entwicklung. Die nach der schwierigen Ausgangslage 2005 ins Zentrum gerückten Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung (vorwiegend durch Einsparungen bei den Betriebsausgaben) zeigten auch im Berichtszeitraum 2009 bis 2012 weiterhin Wirkung. Das Eigenkapital beträgt 278,16 Millionen € per 31. Dezember 2011 und sichert die Unabhängigkeit des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in finanzieller Hinsicht zusätzlich ab. Die Eigenkapitalquote stieg im Berichtszeitraum von 68,19 Prozent im Jahr 2009 auf 72,72 Prozent per 31. Dezember 2011 an.

## VORLÄUFIGES ERGEBNIS 2012, PLANUNG UND BUDGET – AUSBLICK

Die vorläufigen Angaben zum Geschäftsjahr 2012 belegen den weiterhin konsequent beschrittenen Weg des sparsamen Umganges mit den Mitgliedsbeitragseinnahmen. Die betrieblichen Kennzahlen der Gewinn- und Verlustrechnung sowie die der Bilanz bestätigen, dass sämtliche Hindernisse und Herausforderungen der Vergangenheit bewältigt werden konnten.

Mit Abschluss der Finanzvereinbarung zwischen ÖGB-Zentrale und den Gewerkschaften wurde eine klare Linie und Richtung hinsichtlich des Finanzrahmens und des Budgets 2011–2015 vorgegeben. Sie bildet auch die Basis für die Entscheidungen, welche hauptsächlich die Steigerung der Effizienz in den Organisationsbereichen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes als Ergebnis haben müssen. Beispielgebend wird hier die neue IT-Struktur mit dem Ziel eines zentralen IT-Betriebes und Netzwerks sein. Diese Neuorganisation umfasst die Schaffung klarer transparenter Strukturen in einer einheitlichen IT-Landschaft für den Österreichischen Gewerkschaftsbund mit dem Hauptaugenmerk auf einen gut organisierten Regelbetrieb für verschiedenste Funktions- und Themengebiete. Dem weiteren Ausbau des Controllings und des Internen Kontrollsystems (IKS) inklusive einer Überarbeitung der gesamten Kostenrechnungsstruktur wird in der Finanz- und Vermögensverwaltung ebenfalls höchste Priorität eingeräumt werden.

Die aktive Unterstützung und das Verständnis der MitarbeiterInnen und FunktionärInnen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes bekräftigen uns bei der Umsetzung der noch durchzuführenden Maßnahmen und tragen zur weiteren Stärkung des finanziellen Fundaments des Österreichischen Gewerkschaftsbundes maßgeblich bei.





# Zentrale Kontrollkommission

46 |



© photocase, Dirk Herold

Am 17. ÖGB-Bundeskongress, der von 30. Juni bis 2. Juli 2009 stattfand, wurden folgende KollegInnen in die Zentrale Kontrollkommission (ZKK) gewählt:

Dr.in Martina Gerharter

Erich Steinacher

Reinhold Pflügl

Norbert Pelzer

Manfred Wiedner

Franz Grün

Peter Grusch

Bei der konstituierenden Sitzung wurde Manfred Wiedner zum Vorsitzenden und Dr.in Martina Gerharter zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Durch das Ausscheiden von Dr.in Martina Gerharter (November 2012) wurde Kollege Norbert Pelzer zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Durch das Ausscheiden von Dr.in Martina Gerharter (November 2012) und die Pensionierungen von Erich Steinacher und Peter Grusch rückten die Ersatzmitglieder Elisabeth Reinberger, Hans Sturmer und Herbert Orsolits in die Zentrale Kontrollkommission nach.

In den etwa monatlichen Sitzungen hat die Kontrollkommission ihre Schwerpunkte auf die Budgetierung, die Bilanzierung und den Soll-Ist-Vergleich gelegt und natürlich auch Konten und Belege immer wieder überprüft.

Auch eine neue Geschäftsordnung im VÖGB und die Verrechnung von Bildungsveranstaltungen über den Verein VÖGB wurde genau geprüft bzw. eingeführt.

Leider haben zu Ende der Periode die Finanzausschusssitzungen des ÖGB, zu denen der Vorsitzende der ZKK auch eingeladen war, nicht mehr regelmäßig stattgefunden. Dies war eine besonders sinnvolle Einrichtung und sollte in Zukunft wieder aktiviert werden.

Besonders wichtig war es der Kontrollkommission vor allem, die vielen neuen Funktionärinnen und Funktionäre in den Gremien zu schulen und zu informieren. Wir haben mehrtägige Klausurtagungen durchgeführt, zu der alle Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission und alle Vorsitzenden der Kontrollkommissionen der Länder und der Gewerkschaften geladen waren.

Wichtig war uns nicht nur, dass der einheitliche Kontrollbericht in allen Teilorganisationen Verwendung findet, sondern dass die Kontrollen nach dem gleichen Regelwerk und den gleichen Maßstäben durchgeführt werden. Natürlich wurde auch bei diesen Schulungen der Schwerpunkt auf das Budgetieren, die Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanzanalyse gelegt.

Die ZKK hat in jedem Kalenderjahr alle ÖGB-Landesorganisationen vor Ort einer Prüfung unterzogen. Die Prüfergebnisse und Protokolle wurden jährlich an den Präsidenten, die Vizepräsidentin/den Vizepräsidenten und die leitenden SekretärInnen übermittelt.

Darüber hinaus hat die ZKK sowohl mit der Wirtschaftsprüfungskanzlei Schwarz als auch mit der Internen Revision, Kollegen Gerhard Prager, eng kooperiert.

Leider wurde unserer mehrmaligen Forderung nach einer Aufstockung der Internen Revision in personeller Hinsicht noch nicht Rechnung getragen. Zumindest die Installierung eines funktionierenden internen Kontrollsystems ist dringend erforderlich.

Auch die einheitliche Regelung und klare Vorgaben im Zusammenhang mit dem Vieraugenprinzip, ein Prüfplan für Kontrollkommissionen und die Änderung der Statuten bezüglich Funktionäre im Ruhestand wurden von der Kontrollkommission vorangetrieben.

Die ZKK hat, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen, der Geschäftsleitung jährlich einen Gesamtbericht der Kontrollkommission übermittelt.

Abschließend möchten wir festhalten, dass es aufgrund des Vereinsgesetzes der Kontrollkommission nur möglich ist, vereinsinterne Organe zu überprüfen. Eigene Rechtspersönlichkeiten wie Stiftungen oder Gesellschaften haben eigene Kontrollorgane und werden daher von der Zentralen Kontrollkommission nicht kontrolliert.









## **Impressum**

Redaktion: Katja Dämmrich, Nani Kauer, Florian Kräftner  
Verantwortlich: Bernhard Achitz, Martina Gerharter, Roland Pichler, Manfred Wiedner (Kontrollkommission)  
Redaktionsschluss: 26. April 2013  
Drucktermin: 24. Mai 2013

Herausgeber:  
Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1  
Tel.: 01/534 44-0, Fax: 01/534 44-204,  
E-Mail: [oegb@oegb.at](mailto:oegb@oegb.at), Web: [www.oegb.at](http://www.oegb.at)  
DVR-Nr. 0046655, ZVR 576 439 352

Hersteller:  
Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien,  
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96, Fax: 01/662 32 96-39793  
Web: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)  
Konzeption und Kreation: Natalia Nowakowska  
Lektorat: Marga Achberger, Renate Neuber

[www.bundeskongress.at](http://www.bundeskongress.at)